

Reformjahr Bildung: Was jetzt in OÖ ankommen muss

Mehr Spielraum für Schulen,
mehr Chancen für jedes Kind

Mehr Chancen für Kinder und Schulen – OÖ muss sie nutzen

Für knapp 202.000 Schülerinnen und Schüler an 987 Schulen beginnt in Oberösterreich ein Bildungsjahr, das mehr verändert als Stundenpläne und Klassenlisten. Mit dem Schuljahr 2026/27 werden mehrere Reformen wirksam, die NEOS-Bildungsminister Christoph Wiederkehr auf den Weg gebracht hat: Schulen mit besonders großen Herausforderungen erhalten zusätzliche Ressourcen, Deutschförderung wird flexibler, Schulleitungen bekommen mehr Unterstützung und Spielraum, suspendierte Kinder und Jugendliche werden künftig verpflichtend begleitet und die psychosoziale Unterstützung wird ausgebaut.

Dass Reformbedarf besteht, zeigen auch die aktuell veröffentlichten **PISA-Ergebnisse**. Österreich liegt weiterhin über OECD- und EU-Schnitt und konnte sich bei den Naturwissenschaften verbessern. Gleichzeitig sind die Leistungen beim Lesen und in Mathematik zurückgegangen. Besonders deutlich bleibt auch der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Für NEOS ist deshalb klar: Entscheidend ist nicht, wie viele Einzelprojekte ein Bildungssystem produziert, sondern ob jedes Kind die Schule mit sicheren Grundkompetenzen und echten Zukunftschancen verlässt.

Genau darauf zielen die Reformen ab, die vom Bildungsministerium auf den Weg gebracht wurden, die nun wirksam werden und Bewegung ins System bringen. Jetzt entscheidet sich aber, ob Oberösterreich die neuen Möglichkeiten lediglich verwaltet oder konsequent dafür nutzt, dass sie bei Kindern, Lehrkräften und Schulen ankommen.

Felix Eypeltauer: „PISA liefert die Diagnose, Christoph Wiederkehr liefert Reformen – und jetzt muss Oberösterreich liefern. Entscheidend ist aber nicht, welches Ministerium eine Reform beschließt, sondern ob sie am Ende bei den Kindern im Klassenzimmer ankommt. Genau daran werden wir auch die Bildungspolitik des Landes messen.“

Chancengerechtigkeit: Unterstützung dort, wo sie gebraucht wird

Bildungschancen dürfen nicht davon abhängen, in welcher Familie oder in welcher Postleitzahl ein Kind aufwächst. Genau an diesem Punkt setzt der neue Chancenbonus an. Ab dem Schuljahr 2026/27 erhalten österreichweit 400 Volks- und Mittelschulen mit besonders herausfordernden sozialen Rahmenbedingungen zusätzliche Personalressourcen. Insgesamt stehen dafür bundesweit rund 800 zusätzliche Vollzeitäquivalente zur Verfügung. Die Schulleitungen entscheiden entsprechend dem Bedarf ihres Standorts selbst, welche Unterstützung sie benötigen.

59 Chancenbonus-Schulen in Oberösterreich

In Oberösterreich profitieren 59 Volks- und Mittelschulen vom neuen Chancenbonus. Der größte Bedarf liegt hierbei klar im urbanen Raum. Allein in Linz sind es 24 Schulen, rund 40 Prozent der dortigen Volks- und Mittelschulen. In Wels erhalten zwölf Schulen den Chancenbonus, weitere Standorte liegen unter anderem in Steyr sowie in Bezirkshauptstädten wie Braunau und Gmunden.

Damit wird erstmals in größerem Umfang ein Grundsatz umgesetzt, den NEOS seit Jahren fordert: Nicht jede Schule braucht dasselbe. Schulen mit größeren Herausforderungen brauchen auch **mehr Unterstützung**. Zugleich bedeutet der Chancenbonus auch **mehr Autonomie**. Eine Direktion kann zusätzliche Ressourcen beispielsweise für Lehrpersonen, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie oder andere Fachkräfte einsetzen und damit auf die konkrete Situation ihres Standorts reagieren.

Bildung darf nicht vom Einkommen abhängen

Chancengerechtigkeit endet nicht am Schultor. Auch finanzielle Hürden dürfen Kinder nicht von Schulveranstaltungen oder Bildungschancen ausschließen. Deshalb braucht es leicht zugängliche und wirksame Unterstützungsangebote für Familien, damit Teilhabe am Schulalltag nicht vom Einkommen der Eltern abhängt.

Der Bund stellt dafür zusätzliche Ressourcen und neue Möglichkeiten bereit. Oberösterreich muss nun sicherstellen, dass die von den 59 Chancenbonus-Schulen benötigten Fachkräfte tatsächlich verfügbar sind und die Umsetzung transparent nachvollziehbar wird. Entscheidend ist nicht, dass Ressourcen auf dem Papier zugeteilt werden, sondern dass sie am Standort auch ankommen und wirken.

Felix Eypeltauer: „59 Schulen in Oberösterreich bekommen jetzt gezielt mehr Unterstützung. Das ist ein echter Systemwechsel: weg von der Gießkanne, hin zu Ressourcen nach Bedarf. Ein Kind darf nicht schlechtere Chancen haben, nur weil seine Schule unter schwierigeren Bedingungen arbeitet. Und die Menschen, die ihre Schule am besten kennen, sollen selbst entscheiden können, welche Unterstützung dort am meisten bringt.“

Deutsch & Integration: klare Erwartungen, mehr Freiheit für Schulen

Deutsch ist die Voraussetzung dafür, dem Unterricht folgen, Freundschaften schließen, einen Abschluss schaffen und später selbstbestimmt am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilnehmen zu können. Deshalb verbindet die neue Bildungspolitik **Verbindlichkeit beim Deutschlernen mit mehr pädagogischer Freiheit bei der Umsetzung.**

Mit diesem Schuljahr fällt die bisherige starre Verpflichtung, ab acht außerordentlichen Schüler:innen automatisch eine eigene Deutschförderklasse beziehungsweise -gruppe einzurichten. Schulen können stärker selbst entscheiden, wie sie Deutschförderung organisieren. Etwas mehr als die Hälfte der betroffenen Schulen setzt laut Bildungsdirektion ab Herbst auf schulautonome Modelle, darunter Förderung im Klassenverband. Auch beim MIKA-D-Verfahren und bei Aufstiegsentscheidungen gibt es mehr pädagogischen Spielraum. Die Schule bekommt damit mehr Freiheit dabei, jene Methode zu wählen, die am Standort tatsächlich funktioniert.

Rekord-Sommerschule in Oberösterreich

Ein zweiter Baustein ist die Sommerschule: **7.955 Kinder und Jugendliche** nahmen heuer in Oberösterreich teil, unterrichtet wurde von 878 Lehrkräften an 130 Standorten. Für 2.397 Kinder und Jugendliche mit zu geringen Deutschkenntnissen war die Teilnahme erstmals verpflichtend.

Damit liegt bereits eine sehr konkrete Wirkung der Wiederkehr-Reformen in Oberösterreich vor: Förderung wird freiwillig angeboten – aber dort, wo Sprachdefizite eine erfolgreiche Bildungslaufbahn gefährden, wird sie auch verbindlich. Die Zahlen zeigen auch, wie groß der Bedarf ist: Allein **2.397 verpflichtete Sommerschüler:innen** sind ein deutlicher Hinweis darauf, dass Sprachförderung nicht als Nebenthema behandelt werden darf.

Mehr Autonomie ist nur dann ein Fortschritt, wenn Wirkung sichtbar wird. Oberösterreich sollte daher transparent auswerten, welche Modelle der Deutschförderung an den Standorten eingesetzt werden und wie sich die Deutschkompetenzen der Schüler:innen entwickeln. Entscheidend darf nicht sein, welche Organisationsform gewählt wird, sondern ob Kinder möglichst rasch ausreichend Deutsch lernen.

Felix Eypeltauer: „Deutsch öffnet Türen – im Klassenzimmer und weit darüber hinaus. Deshalb ist für uns beides klar: Wer Unterstützung braucht, muss sie bekommen, und wer Deutschförderung braucht, soll sie auch wahrnehmen. Gleichzeitig müssen wir den Pädagoginnen und Pädagogen zutrauen, selbst zu entscheiden, welches Fördermodell für ihre Kinder am besten funktioniert. Klare Ziele und mehr Freiheit am Standort gehören zusammen.“

Entlastung & Schulautonomie: Mehr Zeit für Bildung statt Verwaltung

Reform bedeutet nicht nur, zusätzliches Personal ins System zu bringen. Es geht auch darum, wie Schulen arbeiten können.

Mit dem neuen **Mittleren Management** erhalten allgemeinbildende Pflichtschulen zusätzliche Ressourcen für pädagogische, koordinierende und organisatorische Aufgaben. Je nach Schulgröße stehen dafür zusätzliche Wochenstunden zur Verfügung; an größeren Standorten sind es bis zu 15 Wochenstunden. Bis zu vier Lehrkräfte können Aufgaben übernehmen und damit Schulleitungen entlasten.

Parallel dazu soll mit „**Freiraum Schule**“ Bürokratie reduziert werden. Rund 80 Prozent der bisherigen Rundschreiben wurden gestrichen oder neu geordnet. Mit „**Teachers.Direct**“ kommt zudem ein direkter digitaler Kommunikationskanal zwischen Lehrpersonal und Bildungsverwaltung.

Das gemeinsame Prinzip dahinter lautet: Entscheidungen näher an den Schulstandort bringen und den Menschen im System wieder mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgabe geben.

Auch Oberösterreich muss Bürokratie abbauen

Wenn der Bund Regeln streicht und den Schulen mehr Freiraum gibt, darf das Land diese Freiräume nicht durch eigene Verwaltungsvorgaben wieder auffüllen. NEOS OÖ erwartet daher von Bildungslandesrätin Haberland und der Bildungsdirektion einen eigenen Entlastungscheck für Oberösterreich: Welche Berichts-, Dokumentations- und Verwaltungsanforderungen können auf Landesebene vereinfacht oder gestrichen werden?

Felix Eypeltauer: „Eine Direktorin in Linz, eine Lehrergruppe in Braunau oder eine Schule in Freistadt wissen besser als irgendeine Verwaltungsebene, was ihr Standort braucht. Gute Bildungspolitik setzt klare Ziele und gibt den Profis vor Ort die Mittel und die Freiheit, sie zu erreichen. Lehrerinnen und Lehrer sollen ihre Zeit mit Kindern verbringen und Direktionen ihre Schulen entwickeln – nicht Formulare und Rundschreiben verwalten.“

Qualität & Unterstützung: Kein Kind einfach abschreiben

Ein modernes Bildungssystem muss reagieren, bevor Probleme unlösbar werden. Das betrifft sowohl psychische Belastungen und Konflikte als auch Schulabbruchrisiko und Gewalt. Besonders deutlich zeigt sich der Handlungsbedarf bei Suspendierungen.

587 Suspendierungen in einem Schuljahr

Im Schuljahr 2025/26 wurden in Oberösterreich 587 Schülerinnen und Schüler suspendiert, im Fünfjahresvergleich hat sich die Zahl damit annähernd verdreifacht; besonders häufig betroffen sind Mittel-, Sonder- und Polytechnische Schulen. Im Bundesländervergleich gehört Oberösterreich weiterhin zu den Ländern mit besonders vielen Suspendierungen.

Genau deshalb wird mit 2026/27 die **verpflichtende Suspendierungsbegleitung** eingeführt. Ab einer längeren Suspendierung sollen Kinder und Jugendliche nicht mehr einfach mehrere Tage

aus dem Unterricht ausgeschlossen und sich selbst überlassen werden. Vorgesehen sind ein individueller Förderplan, Unterricht, psychosoziale Begleitung und die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten.

Felix Eypeltauer: „587 Suspendierungen zeigen, dass wir hier nicht über Einzelfälle reden. Wer andere gefährdet oder massiv gegen Regeln verstößt, braucht klare Konsequenzen. Aber ein Schulausschluss auf Zeit darf nicht bedeuten, dass ein Kind im Park oder Einkaufszentrum landet und danach mit denselben Problemen zurückkommt.“

Schulpsychologie wird deutlich ausgebaut

Auch bei der psychosozialen Unterstützung kommt Bewegung ins System. Eine Erhebung des Bildungsministeriums weist für Oberösterreich zum Stand März 2026 46 Planstellen in der **Schulpsychologie** aus; im Dezember 2024 waren es noch 24. Von elf im November 2025 zusätzlich zugewiesenen Planstellen waren zum Zeitpunkt der Erhebung zehn besetzt.

Zugleich entstehen erstmals eigene Bundesplanstellen für **Schulsozialarbeit**. Für die Bildungsdirektion Oberösterreich waren laut Planung drei Stellen aus dem Personalplan 2025 und weitere drei aus 2026 vorgesehen. Die Stoßrichtung bleibt damit klar: Pädagog:innen dürfen mit psychischen Problemen, Gewalt oder schweren sozialen Konflikten nicht allein gelassen werden.

Auch bei drohendem Bildungsabbruch wird stärker auf Verbindlichkeit gesetzt. Ab der 9. Schulstufe werden bei Abmeldung oder Ausschluss an mittleren und höheren Schulen **Perspektivengespräche** verpflichtend. Gemeinsam mit Jugendlichen, Eltern und einer vertrauten Lehrperson sollen Ursachen geklärt und konkrete nächste Bildungs- oder Ausbildungswege entwickelt werden. Der Anspruch dahinter ist klar: Kein junger Mensch soll das Bildungssystem verlassen, ohne eine Perspektive zu haben, wie es weitergeht.

Felix Eypeltauer: „Eine Lehrerin kann nicht gleichzeitig Lehrerin, Psychologin, Sozialarbeiterin und Krisenmanagerin sein. Wenn wir wollen, dass Pädagoginnen und Pädagogen gut unterrichten können, müssen wir ihnen die richtigen Profis an die Seite stellen. Multiprofessionelle Teams sind keine Luxusausstattung, sondern Voraussetzung für einen Schulalltag, in dem Lernen wieder im Mittelpunkt stehen kann.“

Bildung beginnt früher – Oberösterreich trägt Verantwortung

Die aktuellen PISA-Ergebnisse liefern keine eigenen Bundesländerwerte für Oberösterreich, aber einen klaren Auftrag für ganz Österreich: Jedes Kind muss sicher lesen, schreiben und rechnen können. Klar ist auch, dass Probleme bei Sprache, Konzentration oder Grundkompetenzen nicht erst im Teenageralter entstehen. Für NEOS ist der Kindergarten deshalb die erste Bildungseinrichtung und nicht bloß ein Betreuungsangebot.

Der neue bundesweite Qualitätsrahmen für die Elementarpädagogik stärkt frühe Sprachförderung, Vorlesen, Schreiben, Kreativität und Konzentration. Gerade hier ist Oberösterreich selbst gefordert: bei Qualität, Personal, Betreuungsschlüsseln, Öffnungszeiten und früher Sprachförderung.

Felix Eypeltauer: „Wenn uns PISA bei 15-Jährigen Probleme beim Lesen zeigt, kann die politische Antwort nicht erst mit der Volksschule beginnen. Die entscheidenden Bildungsjahre starten viel früher – Oberösterreich muss den Kindergarten konsequent als erste Bildungseinrichtung behandeln – mit hoher Qualität, ausreichend Personal und früher Förderung.“

Fünf Aufgaben für Oberösterreich im Reformjahr Bildung

1. Chancenbonus transparent umsetzen

Die 59 Schulen müssen die Fachkräfte bekommen, die sie tatsächlich brauchen. Das Land beziehungsweise die Bildungsdirektion soll transparent darstellen, welche zusätzlichen Ressourcen an welchen Standorten ankommen.

2. Neue Freiheit bei der Deutschförderung nutzen

Klare Ziele beim Deutschlernen, aber mehr pädagogischer Spielraum am Standort. Entscheidend ist, welches Modell nachweislich wirkt.

3. Bürokratie auch auf Landesebene abbauen

Neue Freiräume des Bundes dürfen nicht durch zusätzliche Vorgaben wieder eingeschränkt werden. Oberösterreich braucht einen eigenen Entlastungsscheck für Schulen und Schulleitungen.

4. Psychosoziale Unterstützung absichern

Schulpsychologie, Schulsozialarbeit und Suspendierungsbegleitung müssen tatsächlich verfügbar sein. Mehr Planstellen helfen nur, wenn sie auch besetzt und an den Standorten wirksam werden.

5. Kindergarten als erste Bildungseinrichtung stärken

Qualität, Personal, frühe Förderung und gute Rahmenbedingungen müssen stärker in den Mittelpunkt rücken. Grundkompetenzen entstehen nicht erst in der Schule.

Linz, 10. September 2026

Rückfragen & Kontakt:

Mag. Gernot Bogner | Pressesprecher

E. gernot.bogner@neos.eu | T. 0676-83414629